

**Gegenstand:** Überblick über aktuell gewährte Fördermittel des Landes /  
Fördermittel für das geplante Jugendcafé Süd;  
Anfrage der FWS-Stadtratsfraktion vom 16.03.2026  
Vorlagen: [0684/2026](#) und [0684/2026/1](#)

Die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Baust bezieht sich einleitend auf einen Artikel der „Rheinpfalz“ und möchte wissen, warum nur 5,6 Mio. € Fördermittel beantragt wurden, wenig im Vergleich zu Frankenthal oder Landau.

Die Vorsitzende berichtet, dass einige Städte im Norden bis zu 20 Mio. € Förderprojekte angemeldet haben, es sei aber noch keine Abrechnung erfolgt. Man müsse eine realistische Perspektive zur Umsetzung im Förderzeitraum anlegen. Hierbei handelt es sich um nicht bewilligte Förderanträge.

Die detaillierte Beantwortung erfolgt durch Herrn Nolasco (Fachbereichsleitung 5):

Er berichtet einleitend über eine bereits indirekt vorhandene Zusage des Landes für die Förderung des Programms „Kernstadt Mitte“ und erläutert das Zahlenwerk aus der ergänzenden Tischvorlage.

**zu Frage 1) Ist die Darstellung korrekt, dass 400.000 Euro der zugesagten Fördermittel „quasi ein Geschenk des Landes“ sind, obwohl solche Programme normalerweise keine Geschenke vorsehen?**

Die Darstellung ist nicht korrekt, die 5,5 Mio Euro sind für das Fördergebiet „Sozialer Zusammenhalt Speyer-Süd“ und das neue Fördergebiet „Kernstadt Mitte“ vorgesehen.

Der Stadtrat hat am 16.09.2021 einer Gesamtinvestitionssumme in Höhe von 13,4 Mio. € bei einem Drittmittelanteil von 9,0 Mio. € zugestimmt (siehe Vorlagen-Nr: 0804/2021).

Der Fördermittelrahmen der Gesamtmaßnahme Speyer-Süd wurde in dem Bewilligungsbescheid Nr. 0040 SZ/2024 von rd. 9,0 Mio. € auf insgesamt maximal 12,3 Mio. € angehoben.

Für das neue Fördergebiet „Kernstadt Mitte“ hat die Stadt Speyer bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) eine Bewerbung eingereicht und wartet auf die Aufnahme.

Daher wurden Stand jetzt Fördermittel in Höhe von 400.000 € (z.B. für die vorbereitenden Untersuchungen und das Projekt Postplatz) bei der ADD angemeldet, da die Kosten der weiteren Ordnungsmaßnahmen für diese 4 Jahre noch nicht kalkuliert werden konnten.

Nach Rücksprache mit der ADD hat die Stadt Speyer für beide Fördergebiete eine realistische Mittelreservierung angemeldet.

**zu Frage 2) Für welche konkreten Projekte wurden die Fördermittel bewilligt**  
- **in welcher Höhe**  
- **in welchem Zeitraum**  
- **und mit welchem prozentualen Förderanteil?**

**Welche Mittel hat das Land tatsächlich bereitgestellt?**  
- **für welche Projekte,- und für welchen Zeitraum?**

Aktuell beträgt die Förderquote im Förderprogramm „Sozialer Zusammenhalt Speyer-Süd“ 90 %.

Die Förderquote bezieht sich rein auf die förderfähigen Kosten, wobei es auch Förderobergrenzen von Einzelprojekten (z.B. Brücken B 39) gibt. Die Projekte mit den Förderbeträgen und Zeiträumen sind der vorliegenden Liste (siehe Tischvorlage-Nr.: 0684/2026/1) zu entnehmen.

**zu Frage 3) *Wie ist der aktuelle Sachstand zum Projekt „Jugendcafé Süd“?***

**- *Warum wurde es in der Aufzählung nicht erwähnt?***

**- *Wie ist der Stand und das weitere Vorgehen der Verwaltung?***

Für den Standort des Jugendcafés Süd an der Rheinhäuser Straße / Ecke Kirschweg liegen der Verwaltung Informationen über eine registrierte Altablagerung „Mülldeponie Alte Rheinhäuser Straße“ vor (Reg.Nr. 318 00 000 - 0242 /000 - 00 vor; Bodeninformationssystem Rheinland-Pfalz).

Aufgrund dessen, dass es weder fachkundige Berichte noch Erkundungen in diesem Bereich gibt, ist weder der Umfang noch die Art des Auffüllkörpers einer ehemaligen Auskiesung bekannt. Die Umweltabteilung ist derzeit damit beauftragt, mit der oberen Bodenschutzbehörde der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD), das Konzept für eine Orientierende Untersuchung inkl. Vorgaben für eine Sondierung, Beprobung und die relevanten Parameter zur Gefährdungseinschätzung zu erarbeiten.

Parallel dazu prüft der Fachbereich 5, ob diese Altlastenerkundung oder weitergehende Maßnahmen über Fördermittel kofinanziert werden können.

**zu Frage 4) *Warum erhalten andere Städte deutlich mehr Fördermittel?***

**- *Haben die Stadtverwaltungen von Landau und Frankenthal entsprechend mehr Anträge gestellt und bewilligt bekommen?***

Die anderen Städte haben einen höheren Bedarf der Mittelreservierung angemeldet.

Hierbei wurden noch keine Förderanträge gestellt oder bewilligt. Dies erfolgt erst in den jeweiligen Jahren von 2026-2029. Eine Reservierung ist nicht mit einer Förderzusage gleichzusetzen. Hier geht es dem Land um eine zukünftige Budgetplanung der Haushaltsmittel in der Bundes- und Länderfinanzierung.

Herr Baust erkundigt sich in der Zusatzfrage, warum die Feuerwache Industriestraße in der Aufstellung nicht aufgeführt ist. Laut Verwaltung ist der Neubau der Feuerwache nicht Bestandteil des Förderprogramms Soziale Stadt Speyer-Süd (bzw. Kernstadt Mitte). Die Förderung dort unterliegt ganz anderen Grundlagen; die Stadt würde sich dort über eine Förderung von 90 % mehr als freuen.

Frau Dr. Heller hat – mit Zustimmung des Ausschusses – noch Zusatzfragen zur Systematik der Fördermittelliste aus der Tischvorlage. Sie spricht von spannenden Informationen zum Programm Kernstadt-Mitte.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

---

**Gegenstand:     **Neubau Feuerwache – SEG Gebäude****  
****Vorlage: 0681/2026****

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Berichterstattung dazu erfolgt durch Frau Bast (Abteilungsleitung Technisches Gebäudemanagement) **anhand einer Präsentation, die dieser Teilniederschrift beigelegt ist.**

Die im Erstentwurf projektierte Tiefgarage mit einer Höhe von 4 Metern wurde aus Gründen der Kosten und des hydrogeologischen Risikos (Bau in einer „weißen Wanne“) verworfen, da der Grundwasserhorizont in diesem Bereich bereits bei 1 m Tiefe beginnt. Alternativ soll daher ein eigenes SEG-Gebäude oberirdisch gebaut werden, das auch den Bau einer Interimshalle für die SEG entbehrlich macht.

Leider gibt es keine staatliche Förderung für die SEG. Die Kosten belaufen sich auf ca. 3,5 Mio. €.

Frau Keller-Mehlem erkundigt sich nach den eingesparten Kosten für Tiefgarage und Interimshalle. Außerdem hätte sie gerne Informationen über die weitere Entwicklung beim THW. Der Hochbau hat die Kosten nicht vollständig durchgerechnet, aber alleine der Erdaushub und dessen Abfuhr hätten bereits mit rund 900.000 € zu Buche geschlagen.

Genau diese Kostenaufstellung und Pläne hatte Frau Holzhäuser in der Vorlage vermisst; die Informationen sollten für den Stadtrat nachgeliefert werden. In der ursprünglichen Planung vor 5-6 Jahren lagen die Kosten deutlich unter den jetzt genannten 35 Mio. €, obwohl eine Unterkellerung vorgesehen war; das möchte sie gerne geklärt wissen. Außerdem kommen ja noch Bau- und Planungskosten für die Zufahrt zur neuen SEG-Halle dazu (rund 270.000 €). Frau Bast erläutert, damals habe es sich um eine Vorentwurfsplanung mit fehlenden geologischen Informationen gehandelt; in der Zwischenzeit wurden auch Erweiterungen in der Kubatur vorgenommen. Eine Erschließung der Rheinhäuser Weide für die dort ansässigen Firmen wäre ohnehin irgendwann erforderlich geworden und wird jetzt vorgezogen.

Auch Herr Baust thematisiert die Tiefgaragenkosten. Die Verwaltung erläutert nochmals, dass es sich nur um Vorentwürfe handelte. Planungsverzögerungen und exorbitante, allgemeine Kostensteigerungen im Bau führten zur aktuellen Kostenschätzung. Die Kosten von 3,5 Mio. € für die SEG-Halle sind im Gesamtbetrag des Feuerwachen-Neubaus aber bereits eingerechnet.

Aus Sicht von Herrn Oehlmann ist der Verzicht auf die Tiefgarage finanziell wahrscheinlich sicherer. Auch er hat Nachfragen zum THW-Neubau. Ebenso Herr Haupt. Diese werden im Anschluss beantwortet.

Frau Faust möchte wissen, für wie viele Personen und Fahrzeuge da geplant wird. Es handelt sich um 9 Fahrzeugboxen. Der Hochbau kann dazu sonst keine fachlichen Aussagen machen, weil Planung der Feuerwehr; die Informationen werden im Protokoll ergänzt. <sup>1)</sup>

Frau Dr. Mang-Schäfer erkundigt sich, ob das Gebäude noch im ASBV besprochen wird, wo die Baufachleute sitzen. Die Vorsitzende erklärt, dass die Gesamtplanung der Feuerwache immer im HSDA vorgestellt und beschlossen wurde, nicht im ASBV. Die Verwaltung sieht in diesem Fall keine Zuständigkeit des Bauausschusses.

Zur Planung des THW erläutert die Vorsitzende, dass inzwischen ein neuer Millionentopf des Bundes für das THW aufgelegt wurde; das THW Speyer steht dabei (wieder) ganz weit oben und befindet sich aktuell auf der Suche nach geeigneten Grundstücken; ein Erkundungsersuchen zur Siemens-/Brunck-

straße liegt der Stadt vor. Da man aber schon einmal an fast der gleichen Stelle war, sei man seitens der Stadtverwaltung vorsichtig mit Prognosen und Aussagen.

**Beschluss:**

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, dem Bau eines gesonderten SEG-Gebäudes auf dem Grundstück Rheinhäuser Weide zur Kompensation der Tiefgarage unter der Hauptwache zuzustimmen.

**<sup>1)</sup> Protokollnotiz Abteilung 070, Brand- und Katastrophenschutz:**

Von der Planung werden umfasst:

- Umkleide für rund 60 Personen, Stellplätze für neun Fahrzeuge, sowie Lagerkapazitäten in einem Hochregal in der Fahrzeughalle.
- Die Aus- und Fortbildung sowie das soziale Miteinander der Helfenden werden in der Feuerwache stattfinden.

**Gegenstand: Sachstand Hackerangriff**

Andreas Heck (Leiter IT-Abteilung) gibt einen aktuellen Sachstandsbericht [anhand einer Präsentation](#).

Nach Erkennen der Attacke wurde der interne Cybernotfallplan der Stadtverwaltung aktiviert, die Schulrechner auf Weisung des BKA aber nicht vom Internet getrennt. Sicher ist, dass man es mit der professionellen Verbrecherorganisation Lockbit zu tun hat, die ausschließlich an Geldforderungen interessiert ist. Über deren Vorgehensweise informiert eindrucksvoll der [Film „Don't go to the Police“ der Fa. Orange Cyberdefense im Internet](#).

Positiv wirkte sich der bereits begonnene Aufbau einer neuen Schulnetzarchitektur und Personalausstattung aus. Der Ausgangspunkt war vermutlich eine Phishing-Mail, über die sich die Schadsoftware mit Windows-Bordmitteln im Netzwerk im Hintergrund verteilen konnte. Die stadtinterne 7 Schichten-Abwehr, an die die Schulen aus Kostengründen aber nicht angeschlossen sind, hatte sofort angesprochen. Der vom Land favorisierte Windows Defender dagegen hat versagt.

Die gute Anbindung aller Schulen mit je einer 1 Gigabit-Upload-Leitung für jede Schule hat den Datenabstrom begünstigt; es gibt derzeit keine technische Möglichkeit, die riesige Datenmenge aus dem Darknet herunterzuladen, da sich das Routing im Darknet alle 24 Stunden verändert. Es werden auch aus rechtlichen Gründen keine Daten aus dem Darknet heruntergeladen; Speyerer Schulen sind zudem nur mit einem geringen Teil an den gestohlenen Daten betroffen.

Dargestellt wird auch der zeitliche Ablauf nach Informationen über Darknet-Aktivitäten im März, Konsequenzen und mögliche Gefahren erläutert. Es wurde ein eigener IT-Notfallplan für Schulen erstellt. Das stadtinterne 24/7-Monitoring spricht regelmäßig auf Attacken an.

Eine Multifaktor-Identifizierung scheitert an der Kostenfrage. Nach einem Gutachten des Landkreistages verursacht jede/r Schüler/in im Schul-IT-Bereich Kosten von rund 162 € und Jahr; das Land erstattet davon 11 € pro Schülerin/Jahr. Alleine auf die Kernverwaltung der Stadt werden monatlich zwischen 30 bis 60.000 E-Mail-Angriffe gestartet. In den Schulstrukturen ist die Absicherung noch schwieriger. Vorgestellt werden auch die noch geplanten Maßnahmen und Schritte.

Man hat keine Kenntnis über Daten anderer betroffener Schulträger, so die Vorsitzende. Derzeit entsteht ein Handlungsleitfaden für Schulträger in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium.

Herr Baust erklärt zum Thema Datensicherung, dass der Einsatz des Windows Defenders keine Sicherheit bietet, was jeder IT-Fachmann wissen hätte müssen. Er regt an, mit dem Computer-Chaos-Club (CCC) in Hamburg diesbezüglich Verbindung aufzunehmen.

Wie die Verwaltung ausführt, lässt die Finanzierung des Landes nur den Windows Defender oder eine kostenlose Version von G-Data zu. Die Schulen wurden – ohne Kostenerstattung des Landes – schrittweise mit eigenem IT-Personal ausgestattet. Die MDR-Sicherung alleine für die Verwaltung kostet 40.000 € jährlich, für die Schulen wäre das praktisch unbezahlbar. Man verlässt sich auf die Spezialisten des LKA, nicht des CCC. Gegen eine Auditierung sprechen Aufwand, Kosten und die Folgekonsequenzen. Auch die Vorsitzende unterstreicht, Konnexität sei im Schul-IT-Bereich alles andere als gewährleistet.

Herr Oehlmann erkundigt sich den Möglichkeiten eines Versicherungsschutzes gegen die Risiken. Die Kernverwaltung hat eine Cyberversicherung, die für 1.000 Clients mit 65.000 € jährlich zu Buche schlägt; das sei in den Schulen mit mehreren tausend Endgeräten finanziell nicht abbildbar. Es sind

bisher auch keine Landesstandards vorhanden, um solche Attacken zu vermeiden. Die Stadt kann den Lehrern auch keine Standards vorgeben, da diese Landesbedienstete sind.

Nach Auffassung von Herrn Haupt könne es einem Angst und Bange werden bei dem Druck der Nachdigitalisierung auf allen Ebenen. Er erkundigt sich nochmals nach der kriminellen Organisation. Diese nennt sich laut Verwaltung Lockbit und hat mehrere Derivate.

Frau Holzhäuser fragt nach dem jetzt eingesetzten Virenschanner. Das Produkt G-Data wird derzeit noch kostenlos vom Land zur Verfügung gestellt. MDR-Verfahren sind allerdings deutlich aufwendiger. Nach Auffassung von Frau Holzhäuser sind auch Regelungen für Eltern und Erziehungsberechtigte notwendig. Das kann die Stadt unterstützen, so die Vorsitzende, ist dafür aber nicht originär zuständig.

Für Frau Dr. Mang-Schäfer wäre auch der technische Vortrag interessant. Sie möchte wissen, ob Schadenersatz durch den Verursacher in Person des Dienstleisters möglich ist und BYOD-Lösung für Lehrergeäte geprüft wurden. Problem dabei seien landeseinheitliche Geräte/Schulnetze auf die der Schulträger keinen Einfluss hat, so Herr Heck. Haftungsansprüche werden geprüft, diese greifen aber nur bei einem Verschulden der Firma.

Es wird eine öffentliche Ausschreibung für die Schul-IT-Betreuung angekündigt; die Erstellung des Leistungsverzeichnisses sei aber sehr komplex.

Frau Dr. Heller erkundigt sich nach den Kosten dieses Angriffs. Für den Bereich der Stadt Speyer habe sich das betragstechnisch relativiert, weil ohnehin bereits eine neue Netzwerkstruktur geplant war, die jetzt vorgezogen wurde. Zu den Größenordnungen insgesamt gibt Herr Heck an, es seien alleine rund 690 Access-Points für die WLAN-Versorgung in den Schulen verbaut.

Ein Zugriff auf die Darknet-Daten ist vom LfDI untersagt worden. Frau Dr. Heller fragt nach, was die ADD zu unternehmen gedenkt. Darüber liegen der Verwaltung keine Informationen vor. Zweckmäßig wäre eine Einsichtnahme in die Daten zur Klärung, welche Informationen im Darknet vorhanden sind. Frau Dr. Heller schlägt vor, die ADD und das Bildungsministerium zu einem Hearing einzuladen.

Für Frau Keller-Mehlem ist das ein sehr komplexes Thema, sie hinterfragt die Auswirkungen auf die Privatschulen. Zum Informationsaustausch sind alle eingeladen, auch eine KiTa in Speyer Nord und Firmen, deren Daten aus der BBS abgegriffen hätten werden können.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

---

**Gegenstand: Informationen der Verwaltung**

Die Vorsitzende informiert über das Angebot der TU Berlin zur Beteiligung an dem Forschungsverbundprojekt AQUA-KWP, nachdem die Stadt Berlin dabei überraschend ausgestiegen sei. Dabei sollen Abwärmepotenziale ausfindig gemacht werden, z.B. im Abwasser mit Blick auf die kommunale Wärmeplanung. Es ist eine Förderung von zu 200.000 € für Personalleistungen möglich. Da man die Interessensbekundung bereits bis 30.03.2026 abgeben muss, wird ein Feedback der Fraktionen dazu erbeten. Die Anfrage kam erst gestern. Die Teilnahme ist kostenfrei, die Stadt muss lediglich Daten zuliefern.

Frau Keller-Mehlem ist der Meinung, eine solche Technik werde bereits bei den Hafenvillen genutzt.

Die Grünen unterstützen durch Frau Dr. Heller ein solches Abwärmeprojekt, das man schon vor 20 Jahren hätte machen sollen. Sie ist interessiert zu hören, woher die Fördermittel kommen. Laut Verwaltung sind das Bundesgelder, die über die TU Berlin laufen. Der Kontakt wurde über das KIBUDZ-Projekt zur KI-Unterstützung in der Erstellung des Digitalen Zwillings hergestellt, das ebenfalls von der TU Berlin geleitet wird.

Die Verwaltung erinnert an einen [Prüfantrag der CDU zu diesem Thema aus dem Jahr 2006](#) (Vorlage 0202/2006).

Frau Faust erkundigt sich nach den Gründen, warum Berlin abgesprungen ist. Dazu liegen der Verwaltung keine Informationen vor.

Die Abgabe einer Interessensbekundung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

10. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer  
am 26.03.2026

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5.1

---

**Gegenstand:      Unbefristete Niederschlagung von Nutzungsentgelten für Wohnraum**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss beschließt mehrheitlich  
(bei 1 Gegenstimme: FDP):

Die Zahlungsrückstände auf dem o.g. Personenkonto werden unbefristet niedergeschlagen.

10. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer  
am 26.03.2026

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5.2

---

**Gegenstand:      Unbefristete Niederschlagung von Nutzungsentgelten für Wohnraum**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss beschließt mehrheitlich  
(bei 1 Gegenstimme: FDP):

Die Zahlungsrückstände auf dem o.g. Personenkonto werden unbefristet niedergeschlagen.

10. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer  
am 26.03.2026

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6.1

---

**Gegenstand:      Verwaltungsangelegenheiten**

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

10. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer  
am 26.03.2026

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

---

**Gegenstand: Informationen der Verwaltung**

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

10. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses der Stadt Speyer  
am 26.03.2026



10. Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses 26.03.2026 **Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!